

Berlin, 26. Oktober 2012

Herausgeber:

Bundesverband Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e.V.

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

Telefon 030 590099-593
Telefax 030 590099-519

www.bga.de info@bga.de

Autorin:

RAin Dr. Helena Melnikov

Abteilungsleiterin
Recht und Wettbewerb
helena.melnikov@bga.de

RECHT UND WETTBEWERB EU-DATENSCHUTZ

1. Einleitung

- 1.1. BGA
- 1.2. Datenschutz
- 1.3. Zielrichtung des Positionspapiers

2. Probleme

- 2.1. Kleine und mittelständische Unternehmen
- 2.2. Handel
- 2.3. Wirtschaftsdatenbanken

3. Lösungsvorschläge

- 3.1. Personenbezogene Daten in Art. 4
- 3.2. Keine strenge Zweckbindung in Art. 5 b
- 3.3. Sachliche Richtigkeit in Art. 5 d
- 3.4. Durchsetzung gesetzlicher Ansprüche in Art. 6 I b
- 3.5. Wahrung der Interessen Dritter in Art. 6 I f
- 3.6. Nationale Regelungen in Art. 6 III
- 3.7. Interessenabwägung in Art. 6 IV
- 3.8. Durchsetzung von Ansprüchen in Art. 7 IV
- 3.9. Zugängliche Informationen in Art. 14
- 3.10. Durchsetzung bestehender Forderungen in Art. 17 a
- 3.11. Auskunftserteilung in Art. 19 I und Art. 17 c
- 3.12. Auskunftfeien in Art. 20
- 3.13. Beschwerderecht in Art. 73
- 3.14. Klagerechte in Art. 74, 75
- 3.15. Bußgelder in Art. 79
- 3.16. Delegierte Rechtsakte in Art. 86, 87

4. Schlusswort

- 4.1. Gesprächsbereitschaft

1. Einleitung

1.1. BGA

Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA) ist die Spitzenorganisation des Groß- und Außenhandels. Er vertritt die Interessen von 120.000 Handels- und Dienstleistungsunternehmen in Deutschland.

Der BGA steht für 1,2 Millionen Beschäftigte in Deutschland und einen, durch die Unternehmen erwirtschafteten, Jahresumsatz von 1,3 Billionen Euro.

1.2. Datenschutz

Die Modernisierung des Eu-weiten Datenschutzes ist zu begrüßen, da die bestehenden Vorgaben der Richtlinie von 1995 veraltet sind und von den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich umgesetzt wurden. Hinzukommt, dass das deutsche Datenschutzrecht für den Endverbraucher keinen wirksamen Schutz vor global aufgestellten und global agierenden Unternehmen bietet.

Beim Datenschutz sollte es jedoch nicht nur um das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gehen, sondern auch um die **Wahrung wirtschaftlicher Interessen der Unternehmen**, die die Vorschriften im eigenen Unternehmen wie auch im Business-to-Customer-Bereich wie auch im Business-to-Business-Bereich umsetzen müssen. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung kollidiert mit den Rechten der Unternehmen, weshalb eine **Abwägung** notwendig ist.

Das vorliegende Positionspapier setzt sich mit der Europäischen-Datenschutzgrundverordnung (im Folgenden: EU-DSGV) auseinander, da diese im Vergleich mit der Richtlinie, wegen Ihrer unmittelbaren Wirkung bei der Diskussion im Vordergrund steht.

1.3. Zielrichtung des Positionspapiers

Wesentliche Probleme liegen unseres Erachtens darin, dass die EU-DSGV sowohl die **Tätigkeit der Händler, der kleineren und mittelständischen Unternehmen wie auch der Auskunfteien außer Acht** lässt. Ihnen wird die Arbeit in Zukunft erheblich erschwert oder gar unmöglich gemacht.

Gleichzeitig sehen wir durch die EU-DSGV auch die Finanzwirtschaft und die Finanzdienstleistungen, wie z.B. das Factoring gefährdet. Die Finanzwirtschaft nutzt schließlich sowohl die Dienste von Auskunfteien, wie sie auch selbst Daten erhebt und verarbeitet. Dieser Kreislauf, der absolut im Sinne einer funktionierenden Marktwirtschaft und Finanzwirtschaft ist, wird durch die EU-DSGV nicht berücksichtigt.

Hierbei geben wir zu bedenken, dass die EU-DSGV völlig außer Acht lässt, dass in vielen anderen Rechtsbereichen weniger strenge Regeln für das Geschäftsleben bzw. den gewerblichen Bereich gelten als wenn Verbraucher oder Arbeitnehmer involviert sind. Im Geschäftsleben wird zu Recht von mehr Spezialwissen ausgegangen, da Fach- und Geschäftsleute involviert sind. Dieses Prinzip müsste sich auch in der EU-DSGV wiederfinden.

2. Probleme

2.1. Kleine und mittelständische Unternehmen

An dem Verordnungsentwurf fällt auf, dass er vorrangig das Ziel verfolgt, natürliche Personen und Verbraucher vor den Gefahren zu schützen, die sich besonders aus der Nutzung sozialer Netzwerke (z.B. Facebook) oder Suchmaschinen (z.B. Google) ergeben.

Hierzu enthält die EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGV) zahlreiche Regelungen, wie z.B. das „Recht auf Vergessen“. Was der Entwurf nicht berücksichtigt ist, dass die gesamte Wirtschaft diese zahlreichen wie strengen Anforderungen erfüllen muss. Das bedeutet vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen einen Aufwand, den sie kaum bewältigen können und

der bei Ihnen auch keinen Sinn macht, da sie offensichtlich nicht die Zielgruppe dieses Entwurfs einer EU-DSGV sind.

Vor dem Hintergrund eines europäischen Datenschutzrechts erscheint es einerseits logisch, dass die Verordnung für alle Unternehmen gelten soll, die auf dem EU-Markt aktiv sind und sich an europäische Kunden wenden (Art. 3 Ziff. 2 EU-DSGV).

Andererseits ist das höchst problematisch, denn bei der Erfassung von global agierenden Unternehmen durch die Datenschutzgrundverordnung werden auch viele kleine Unternehmen automatisch miteingefasst, die nur in Deutschland tätig sind.

Im Ergebnis liegt ein **ursächliches Problem** des EU-weiten Datenschutzrechts darin, dass ihm alle Unternehmen in gleichem Maße und ohne Ausnahme für kleinere und mittelständische Unternehmen unterworfen sind. Es zählen alle „für die Verarbeitung Verantwortlichen“ (vgl. Art. 4 Ziff. 4 und 5 EU-DSGV) und damit alle Unternehmen, ob groß oder klein (!), da es kein Unternehmen mehr gibt, in dem nicht in der einen oder anderen Weise Daten mit Personenbezug verarbeitet werden.

Das ist höchst bedenklich, denn die Datenschutzvorgaben, die sich an global agierende Unternehmen richten, müssen gleichermaßen von kleinen mittelständischen Unternehmen umgesetzt werden und treffen diese mit gleicher Härte. Das ist weder zielführend noch bedeutet es einen Mehrwert für den Verbraucher.

Wir plädieren deshalb primär für eine grundsätzliche Berücksichtigung kleinerer und mittelständischer Unternehmen in der EU-DSGV. Dies kann durch eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen geschehen oder durch eine generelle Klarstellung in Art. 2 Ziff. 2:

Artikel 2

Sachlicher Anwendungsbereich

(2) Diese Verordnung findet keine Anwendung auf die Verarbeitung personenbezogener Daten, die vorgenommen wird

f) durch eine juristische Person, die ein kleines oder mittelständisches Unternehmen ist.

Diese Ausnahme gilt gemäß Art. 2 Ziff. 2 b) EU-DSGV schließlich auch für die Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen der Europäischen Union. An der Stelle sei angemerkt, dass es zudem höchst fragwürdig ist, warum die EU-DSGV ausgerechnet nicht für diejenigen gelten soll, die diese Verordnung konzipieren und erlassen.

Eine Klarstellung für die kleinen und mittelständischen Unternehmen wäre auch über Art. 4 Ziff. 5 EU-DSGV möglich, durch eine Anlehnung an Art. 35 Ziff. 1b EU-DSGV:

Artikel 4

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

(5) "für die Verarbeitung Verantwortlicher" die natürliche Person, **die juristische Person mit mehr als 250 Mitarbeitern**, Behörde, Einrichtung oder jede andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke, Bedingungen und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet; sind die Zwecke, Bedingungen und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch einzelstaatliches oder Unionsrecht vorge-

geben, können der für die Verarbeitung Verantwortliche beziehungsweise die Modalitäten seiner Benennung nach einzelstaatlichem oder Unionsrecht bestimmt werden;

In Art. 35 Ziff. 1b EU-DSGV findet sich bislang fast die einzige Berücksichtigung der kleinen Unternehmen. Demnach gilt die europaweite Verpflichtung, einen Datenschutzbeauftragten zu bestellen, erst, wenn in einem Unternehmen mehr als 250 Mitarbeiter tätig sind. Das ist eine **sinnvolle Berücksichtigung der Unternehmensgröße**, denn nach dem deutschen § 4 BDSG gilt diese Pflicht schon ab 10 Mitarbeitern und belastet viele Unternehmen oder zwingt sie bei 9 Mitarbeitern keine weiteren Einstellungen vorzunehmen, sofern es nicht unbedingt notwendig ist.

Eine Ausweitung des in Art. 35 Ziff. 1b EU-DSGV manifestierten Gedankens ist deshalb sehr zu begrüßen.

Gleichzeitig halten wir auch eine Abgrenzung für sinnvoll, inwieweit Kleinunternehmen und Einzelkaufleute als natürliche Personen erfasst werden sollen oder nicht. Hieraus folgt, dass bei einer Änderung von Art. 4, Ziff. 5 von der **natürlichen Person und der juristischen Person mit mehr als 250 Mitarbeitern** die Rede sein sollte, um Einzelkaufleute mit Angestellten zu erfassen.

Möglich wäre auch eine Unterscheidung zwischen Verbraucher und Gewerbe als alternative Formulierung. Auf diese Weise könnte der Anwendungsbereich praktikabel beschrieben werden, da die Parallelen zwischen den Intentionen (wie die Vermeidung des Missbrauchs von „Machtgefällen“ in bestimmten Konstellationen) hinter Verbraucher- und Datenschutz fast identisch sind.

2.2. Handel

Der Großhandel und der Außenhandel sind ein wichtiger Wirtschafts- und Wachstumsfaktor in Deutschland und in Europa.

Viele Groß- und Außenhändler treten bei dem Verkauf Ihrer Waren in Vorleistung, indem sie häufig Ratenzahlungsvereinbarungen vereinbaren, um dem Geschäftspartner den Kauf der Waren zu ermöglichen. Hierbei entstehen automatisch Forderungen, die geltend gemacht werden müssen. Hierzu haben viele Unternehmen eine eigene Abteilung oder sie übertragen ihr gesamtes Forderungsmanagement an Inkassounternehmen, um sich ihrem Kerngeschäft zu widmen.

Die **Geltendmachung von Forderungen** spielt damit eine ebenso wichtige volkswirtschaftliche Rolle, wie der Handel selbst.

Schäden, die durch Zahlungsverzug und Zahlungsausfälle entstehen, können so begrenzt werden. Auf diesem Wege wird dem Wirtschaftskreislauf in Deutschland jährlich zwischen fünf und zehn Milliarden Euro Liquidität wieder zugeführt. In Deutschland summierten sich 2010 nach Berechnungen der Creditreform Wirtschaftsforschung allein die Zahlungsausfallschäden auf rund 23,3 Milliarden Euro. Hinzu kommen die durch Zinsausfälle, Beitreibungskosten, Finanzierungskosten usw. entstehenden Verzugskosten in ebenfalls erheblicher Höhe.

Das macht deutlich, welche immensen Kosten, die **professionelle Geltendmachung von berechtigten Forderungen**, der Wirtschaft und der Gesamtheit der Verbraucher erspart. Die Geltendmachung und Durchsetzung von berechtigten Forderungen muss deshalb auch in Zukunft möglich sein und kann durch die EU-DSGV nicht konterkariert werden.

2.3. Wirtschaftsdatenbanken

Der BGA setzt sich desweiteren für die Förderung wirtschaftlicher Beziehungen ein. Diese funktionieren nur auf Basis gegenseitigen Vertrauens zwischen Geschäftspartnern. Vertrauen setzt Kenntnis über die **finanzielle Leistungsfähigkeit und die Bonität des Geschäftspartners** voraus. Die dafür nötigen Bonitätsinformationen bieten Handels- und Kreditauskunfteien.

Sie ermöglichen es mit ihrer Tätigkeit, dass Vertrauen im Rahmen der Entwicklung eines europäischen Wirtschaftsverkehrs entstehen kann. Neue Geschäftspartnerschaften zwischen Unternehmen können gebildet werden und neue Gelegenheiten für Geschäftsabschlüsse entwickeln sich. Wettbewerb und Wachstum des europäischen Binnenmarktes hängen somit im besonderen Maße von Kreditinformationen ab, die es der Wirtschaft ermöglichen, in einer vertrauensvollen Weise zusammenzuarbeiten.

Kreditauskünfte sind wichtig für rund **550.000 Unternehmen in der Europäischen Union**. Mit der Verarbeitung dieser Kreditinformationen sind zehntausende Arbeitsplätze verbunden, und zwar nicht nur bei den Auskunftsteilen selbst, sondern auch bei ihren Kunden.

Unternehmen benötigen Tag für Tag tausende von Bonitätsinformationen. In der derzeit vorgesehenen Fassung würde die EU-DSGV diese Tätigkeit jedoch unmöglich machen und nahezu vollständig abschaffen.

Auch diesbezüglich zeigt sich, dass die neue Datenschutzverordnung auf große Internetportale wie z.B. Facebook oder Google zugeschnitten ist. Für diese Datenverarbeiter sind die neuen Regelungen wie z.B. das Recht auf „Vergessenwerden“ oder die Regelung über das Profiling sinnvoll und erforderlich. Für die Tätigkeit der Kredit- und Handelsauskunfteien sind diese Vorschriften aber völlig ungeeignet, da sie ihnen die Arbeit in weiten Teilen unmöglich machen.

Erschwerend hinzu kommt, dass auch die bereits bestehenden und bislang gut funktionierenden und ausgewogenen nationalen Regelungen keinen Schutz bieten. Art. 6 Ziff. 3 EU-DSGV führt dazu, dass die nationalen Ermächtigungsgrundlagen zur Datennutzung dem Datenschutzniveau entsprechen müssen, das die EU-DSGV vorgibt. Im Ergebnis dürfen nationale Regelungen also nur dann aufrecht erhalten werden, wenn sie äußerst strenge Voraussetzungen erfüllen.

3. Lösungsvorschläge

3.1. Personenbezogene Daten in Art. 4

Im Sinne dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

(2) "personenbezogene Daten" alle Informationen, die sich auf eine betroffene Person beziehen;

Die Definition von „personenbezogenen Daten“ ist bei dem hohen Anspruch der Datenschutzgrundverordnung zu ungenau. Dies beginnt schon damit, dass nicht klar ist auf **wessen Kenntnis** abgestellt werden soll.

Darüberhinaus gilt einerseits das Datenschutzrecht, wenn Daten personenbezug haben (vgl. Art. 4 Ziff. 1 und 2 EU-DSGV). Andererseits werden IP-Adressen, Cookies, Standortdaten und Online-Kennungen nicht immer als „personenbezogen“ betrachtet (Erwägungsgrund 24 EU-DSGV).

Vor dem Hintergrund der Richtigkeit der personenbezogenen Daten stellt sich auch die Frage, ob u.a. Scorings hiervon erfasst werden und was dementsprechend ein „sachlich richtiges“ Scoring ist. Die sachliche Richtigkeit der Daten hängt zudem auch mit der Aktualität der Daten zusammen (vgl. die Streichung in Abschnitt 3.2 des Positionspapiers).

Das ist ein ganz ursächliches Problem der EU-DSGV, denn gerade diese Definition muss stimmen! Hier bedarf es dringend einer Konkretisierung, um Rechtsklarheit für Unternehmen zu schaffen, die mit „personenbezogenen Daten“ agieren. Wie eingangs gesagt, sind das **alle** Unternehmen, was den Punkt noch wichtiger macht.

3.2. Keine strenge Zweckbindung in Art. 5 b

„Personenbezogene Daten müssen

b) für **genau festgelegte, eindeutige und rechtmäßige Zwecke erhoben werden (...)**“.

Dieser Grundsatz einer strengen Zweckbindung erweist sich als wenig alltags-tauglich, wenn zum Beispiel ein Inkassounternehmen von seinem Auftraggeber Daten übermittelt bekommt, die streng genommen nicht auch den Zweck erfüllen sollen, zur Rechtsverfolgung an einen Rechtsdienstleister weitergegeben zu werden.

Um Missverständnissen vorzubeugen, sollte in Artikel 5 b) auf die Formulierung „genau festgelegte“ Zwecke verzichtet werden.

Die Formulierung „**eindeutige und rechtmäßige Zwecke**“ bringt zudem ebenfalls zum Ausdruck, dass personenbezogene Daten ausschließlich im Rahmen eines **klar bestimmbar und legalen Zweckes** (Einzug einer nach deutschem BGB fälligen Forderung) erhoben und weiterverarbeitet werden dürfen.

Daher schlagen wir folgende Streichung in Art. 5 (b) vor:

Personenbezogene Daten müssen

b) für ~~genau festgelegte~~, eindeutige und rechtmäßige Zwecke erhoben werden und dürfen nicht mit einer mit diesen Zwecken nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden.

3.3. Sachliche Richtigkeit in Art. 5 d

„Personenbezogene Daten müssen

d) **sachlich richtig und auf dem neuesten Stand sein; (...)**“.

Inkassounternehmen ergreifen bereits heute, da sie elementar auf die Aktualität der personenbezogenen Daten der Schuldner angewiesen sind, aus eigenem Interesse unterschiedliche Maßnahmen, um die jeweiligen Daten zum Schuldner aktuell zu halten. Denn nur bei einer aktuellen Datenlage (aktuelle Anschrift etc.) ist auch ein erfolgreicher Forderungseinzug möglich.

Der (zahlungsunwillige) Schuldner aber wird in der Regel gerade kein Interesse daran haben, dem Inkassounternehmen seine aktuellen Daten mitzuteilen, würde er doch dadurch den Forderungseinzug erleichtern.

Schon deshalb wird es in der Praxis schwer zu realisieren sein, die aus der EU-DSGV zur Aktualität enthaltenen Regelungen einzuhalten. Aufgrund der Möglichkeiten, die Art. 17 und 19 der Datenschutz-Grundverordnung vorse-

hen, würde es zudem erschwert, den Vorgaben des Art. 5 (d), nachzukommen.

So kann es vorkommen, dass ein Inkassounternehmen (heute nach § 28a BDSG) Daten an eine Auskunftfei mit aktueller Anschrift des Betroffenen meldet, der kurz darauf umzieht, was weder dem Inkassounternehmen, noch der Auskunftfei bekannt wird. Auch bei Vorliegen einer Auskunftssperre können aktuelle Daten nicht vorgehalten werden. Dies wiederum würde aber der Vorgabe der EU-DSGV widersprechen.

Mit Blick auf den damit zusammenhängenden Artikel 5 (f) und der darin enthaltenen Gesamtverantwortung müsste auch der Schuldner mit in diese Gesamtverantwortung mit einbezogen werden. **Nur der Betroffene selbst kann die Aktualität seiner personenbezogenen Daten zweifelsfrei sicherstellen.**

Es fehlt zudem an einer eindeutigen Regelung und zugleich an einer Rechtsgrundlage, die, auf das Inkassomandat bezogen, eine Verpflichtung der Gläubiger beinhalten könnte, ihren Rechtsdienstleistern im laufenden Verfahren alle Änderungen von Daten der Schuldner mitzuteilen. Ob dies generell so gewollt ist, darf jedoch bezweifelt werden.

Darüber hinaus dürfte als ausreichend erachtet werden, dass die vorhandenen Daten als „sachlich richtig“ bezeichnet werden können.

Insofern regen wir folgende Streichung in Art. 5 (d) an:

Personenbezogene Daten müssen

d) sachlich richtig ~~und auf dem neuesten Stand~~ sein; (...).

3.4. Durchsetzung gesetzlicher Ansprüche in Art. 6 I b

Die Verwendung personenbezogener Daten durch Inkassounternehmen nach Artikel 6 (1) (b) könnte zulässig sein, so dass es keiner jeweiligen Einwilligung des Betroffenen nach Artikel 7 bedarf.

Aber ein **Einwilligungserfordernis** würde die Tätigkeit von Inkassounternehmen im Regelfall ad absurdum führen. Inkassounternehmen sind wie alle anderen Rechtsdienstleister auf eine klare Rechtsgrundlage zur Erhebung und Nutzung der Schuldnerdaten angewiesen, um im Interesse des beauftragenden Gläubigers tätig werden zu können.

Als eine „Generalklausel zur Rechtsverfolgung“ könnte Artikel 6 (I) (b) für die Inkassotätigkeit herangezogen werden, wonach die Verarbeitung personenbezogener Daten für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, rechtmäßig ist.

Überwiegend werden Inkassounternehmen auf der Grundlage von Verträgen ihrer Auftraggeber mit deren Endkunden tätig, von denen der Vertrag nicht vollständig erfüllt wurde. Selbst wenn ein Vertrag gekündigt wäre, müssten hierzu alle zum Vertragsverhältnis gehörenden berechtigten Forderungen zu zählen sein, die noch nicht ausgeglichen sind.

Die **gesetzlichen Ansprüche** (wie z.B. Schadensersatz) wären jedoch nicht abgedeckt. Diese müssten folglich mit erfasst werden.

Wir schlagen deshalb folgende Ergänzung in Artikel 6 (1) (b) vor:

b) Die Verarbeitung ist für die Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen **oder zur Durchsetzung gesetzlicher oder vertraglicher Ansprüche**, die auf Antrag der betroffenen Person erfolgen.

3.5. Wahrung der Interessen Dritter in Art. 6 I f

Die BGA-Mitglieder erheben Daten über Unternehmen und Privatpersonen; solche Daten sind in erheblichem Ausmaß Daten mit Personenbezug. Das ist beispielsweise der Fall bei Daten über Gewerbetreibende, Inhaber von Unternehmen oder deren Vorstände bzw. Geschäftsführer. Die Verarbeitung derartiger Daten erfordert eine gesetzliche Grundlage. Diese besteht in der Interessenabwägungsklausel in Artikel 7 (f) der EU-Datenschutzrichtlinie von 1995 sowie in den §§ 28, 29 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

Die Finanzbranche erhebt diese Daten aber naturgemäß nicht immer in ihrem eigenen Interesse, sondern oft auch ausschließlich im berechtigten Interesse Dritter, nämlich ihrer Kunden. So basiert z.B. die Tätigkeit von Kreditauskunfteien immer auf den Interessen der Auskunfteikunden, also der Datenempfänger und damit den Interessen Dritter, dagegen nie auf eigenen Interessen der Auskunfteien. Diese Ausgangsüberlegung ist eine wesentliche Basis für das Verständnis für die Finanzwirtschaft und ihrer Funktionsfähigkeit für die anderen Marktteilnehmer – Unternehmer, wie Verbraucher.

Der Verordnungsentwurf weicht von diesem bewährten und seit Jahrzehnten praktizierten **Konzept einer Interessenabwägung** ab und sieht die Möglichkeit, dabei die zuvor beschriebenen Interessen Dritter zu berücksichtigen, - aus nicht erkennbaren Gründen - nicht mehr vor. Für Handels- und Kreditauskunfteien sind also gerade diese berechtigten Interessen Dritter von besonderer Bedeutung, weil ihre Kunden aussagefähige **Informationen über die Bonität ihrer Geschäftspartner** benötigen. Wenn Kreditauskunfteien ihre Datenerhebung jedoch nicht mehr auf die **Interessen ihrer Kunden als Legitimationsgrundlage** stützen können, dann können sie folgerichtig auch die Wirtschaft nicht mehr mit den notwendigen aussagefähigen Kreditinformationen versorgen.

Die Finanzbranche kann sich auch nicht auf andere Rechtfertigungsnormen stützen. Zwar gibt es einzelne Bereiche, in denen die Nutzung von Kreditinformationen gesetzlich geregelt ist. Dies betrifft aber nur einen Bruchteil der Daten, die in der Finanzbranche verarbeitet werden. Darüber hinaus scheidet die Einholung der Einwilligung des Betroffenen als alternative Rechtfertigungsgrundlage aus, weil es wiederum naturgemäß nicht möglich sein wird, in allen erforderlichen Bereichen eine solche Einwilligung zu erhalten. Es liegt auf der Hand, dass insbesondere bei Vorliegen von Negativmerkmalen wie einer Insolvenz, einer Eidesstattlichen Versicherung oder einer Haftanordnung die Betroffenen nicht bereit sein werden, ihre Einwilligung zur Übermittlung derartiger Informationen an potenzielle Geschäftspartner zu erteilen. Die Einholung der Einwilligung des Betroffenen ist in der Praxis somit nicht durchführbar.

Für uns ist kein nachvollziehbarer Grund ersichtlich, der die EU-Kommission hätte veranlassen können, die bestehende Interessenabwägungsregelung dieser grundsätzlichen Änderung zu unterziehen. Die Streichung der berechtigten Interessen Dritter aus der Interessenabwägungsklausel macht diese Bestimmung weder moderner noch flexibler oder wirtschaftsfreundlicher. Der Schutz der Interessen der Betroffenen selbst erfordert dieses Abgehen von der bisherigen bewährten Praxis jedenfalls nicht.

Wir schlagen daher die folgende Änderung in Artikel 6 (1) (f) des Verordnungsentwurfs vor:

“(f) Die Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen des für die Verarbeitung Verantwortlichen **oder für die berechtigten Interessen Dritter, an die die Daten weitergegeben werden**, erforderlich, sofern nicht die

Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, [...]"

Es gibt keine sachliche Rechtfertigung dafür, dass die Europäische Kommission vorschlägt, die Interessenabwägungsklausel in Art. 6 (1) (f) im Vergleich zur bisher geltenden Regelung so grundlegend zu ändern.

Gerade in der Finanzdienstleistungsbranche ist das ein unerlässlicher Baustein zur Erfüllung eines auch aufsichtsrechtlich und damit gesetzlich vorgeschriebenen und angemessenen Risikomanagements.

Die Herausnahme „berechtigter Interessen Dritter“ gefährdet zahlreiche Geschäftsmodelle. Sollten z.B. Inkassounternehmen, die für einen Großhändler tätig werden, ihre Tätigkeit nicht alternativ auf Grundlage des Art. 6 (1) (b) wahrnehmen können, würde ihre Tätigkeit komplett infrage gestellt, während gleichzeitig nicht erkennbar ist, warum der Schutz der Interessen der Betroffenen diese Einschränkung erforderlich machen soll.

Das 2009 novellierte Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) sieht in §§ 28 ff. detaillierte Regelungen vor, die sowohl den einzelnen Betroffenen / den Verbrauchern als auch den Interessen der Wirtschaft gerecht werden. Diese Vorschriften haben sich bewährt und könnten als Vorbild für ein harmonisiertes, europaweites Datenschutzrecht fungieren.

Würden die berechtigten Interessen Dritter nicht wieder in die Interessenabwägungsklausel aufgenommen werden, gäbe es auch für die Aufgaben der Kreditauskunfteien keine Rechtsgrundlage mehr.

Ohne die Daten von Auskunfteien wäre ein wirtschaftlich orientierter Forderungseinzug nicht mehr möglich. Die **negativen Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft**, insbesondere auf den Versandhandel oder auf die Kreditwirtschaft, die auf ausreichend aussagefähige Kreditinformationen angewiesen sind, wären gravierend.

3.6. Nationale Regelungen in Art. 6 III

Art. 6 Ziff. 3 EU-DSGV führt dazu, dass die nationalen Ermächtigungsgrundlagen zur Datennutzung dem Datenschutzniveau entsprechen müssen, das die EU-DSGV vorgibt.

Im Ergebnis dürfen nationale Regelungen damit nur dann aufrecht erhalten werden, wenn sie äußerst strenge Voraussetzungen erfüllen und es darf weder nach oben noch nach unten davon abgewichen werden.

Wir halten diese Regelung in dieser strengen Form für nicht haltbar, da sie die bereits bestehenden und bislang gut funktionierenden und ausgewogenen nationalen Regelungen außer Kraft setzt und dem nationalen Gesetzgeber seinen letzten Gestaltungsraum nimmt.

3.7. Interessenabwägung in Art. 6 IV

Die Finanzbranche ist ein wichtiger Dienstleister und Partner des Großhandels und des Außenhandels und sie erhebt Daten bei verschiedenen Quellen. Regelmäßig werden solche Daten bei der ursprünglichen Erhebung durch diese Quellen **nicht zu dem Zweck gesammelt**, sie später an Finanzdienstleister oder Auskunfteien weiterzugeben. So wird z. B. die Information über die Nichterfüllung einer Zahlungsverpflichtung aus einem Vertrag durch den Vertragspartner erhoben. Die Auskunftei, die eine solche Information erhält, will diese aber naturgemäß für einen anderen Zweck als der Vertragspartner verwenden.

Wie sollen die Händler den gesetzlichen und aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Anforderungen an ihr Risikomanagement gerecht werden, wenn Sie keine Informationen mehr über ihren potentiellen Vertragspartner einholen können?

Artikel 6 (4) der EU-DSGV schließt – an anders als bisher die EU-Datenschutzrichtlinie - die Interessenabwägungsklausel als gesetzliche Legitimation für eine solche Zweckänderung ausdrücklich aus. Das bedeutet, dass auch in den Fällen, in denen eine **Änderung des Verarbeitungszwecks rechtmäßig** wäre und überwiegende Interessen des Betroffenen auch nicht entgegenstehen, es gleichwohl nicht zulässig wäre, diese zweckändernde Datenverarbeitung vorzunehmen.

Hier ist für die BGA-Mitglieder ebenfalls nicht ersichtlich, aus welchen Gründen diese Änderung vollzogen wird. Eine Rechtfertigung für diese Maßnahmen ist nicht erkennbar. Wenn ein Händler Informationen über die Bonität seines potentiellen Vertragspartners braucht, muss eine Kreditauskunftei, um ihrer Funktion gerecht werden zu können, in der Lage sein, auf Basis der Interessenabwägungsklausel die für die Bonitätsbeurteilung notwendigen Daten zu erheben.

Um dies sicherzustellen, schlagen wir daher die folgende Änderung in Artikel 6 (4) des Verordnungsentwurfs vor:

“4. Ist der Zweck der Weiterverarbeitung mit dem Zweck, für den die personenbezogenen Daten erhoben wurden, nicht vereinbar, muss auf die Verarbeitung mindestens einer der in Absatz 1 **Buchstaben a bis e** genannten Gründe zutreffen.”

3.8. Durchsetzung von Ansprüchen in Art. 7 IV

Hier ist von einem „**erheblichen Ungleichgewicht**“ die Rede. Was darunter zu verstehen ist, wird mit Sicherheit **komplett unterschiedlich bewertet** werden. Es ist daher unvermeidbar, dass dieser unbestimmte Rechtsbegriff zahlreiche Auslegungsfragen aufwerfen und Rechtsunsicherheit schaffen wird.

Ist von einem erheblichen Ungleichgewicht vielleicht schon dann auszugehen, wenn ein Verbraucher einen Vertrag mit einem großen Konzern abgeschlossen hat und aus diesem Vertrag eine eher geringe Summe schuldig bleibt?

Gerade in den Fällen, in denen die Datenverarbeitung der Rechtsverfolgung dient, sollte kein Zweifel aufkommen, dass der Gläubiger ein Recht auf die legitime Durchsetzung seines Anspruchs hat.

Wir regen deshalb folgende Ergänzung in Artikel 7 (4) an:

4. Die Einwilligung bietet keine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung, wenn zwischen der Position der betroffenen Person und des für die Verarbeitung Verantwortlichen ein erhebliches Ungleichgewicht besteht, **es sei denn, die Datenverarbeitung gewährleistet die Durchsetzung eines bestehenden Rechtsanspruchs.**

3.9. Zugängliche Informationen in Art. 14

Transparenz ist ein wichtiger Aspekt des Datenschutzes. Über die Jahre haben sich die Transparenzanforderungen jedoch gewandelt. Früher stellte die Information, dass Daten elektronisch verarbeitet werden, für die Betroffenen noch eine bedeutende Neuigkeit dar. Heute ist allgemein bekannt, dass

Daten elektronisch verarbeitet werden und in allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens stattfinden.

Für den **Business-to-Business-Bereich** sollte deshalb eine generelle Ausnahme in Bezug auf die Transparenzanforderungen eingefügt werden. Die Geschäftsbeziehungen bestehen überwiegend zwischen Unternehmen und der Kontakt der dort handelnden Personen findet **oftmals nur indirekt** statt. Für die Wirtschaftsbeteiligten ist es unmöglich, die extensiven Transparenzanforderungen, die für Daten mit Personenbezug vorgesehen sind, zu erfüllen.

Zu berücksichtigen ist dabei, dass heutzutage **jeder (!), der wirtschaftlich tätig ist, eine klare Vorstellung davon hat, dass Daten elektronisch verarbeitet werden müssen**. Wenn dieser Umstand bei der wirtschaftlichen Betätigung von Betroffenen zugrunde gelegt wird, ist eine Rechtfertigung für die umfassenden Transparenzanforderungen der Verordnung nicht ersichtlich.

Wir schlagen daher die folgende Änderung in Artikel 14 des Verordnungsentwurfs vor:

“5. Die Absätze 1 bis 4 finden in folgenden Fällen keine Anwendung:

(a) Die betroffene Person verfügt bereits über die Informationen gemäß den Absätzen 1, 2 und 3 **oder die Information ist allgemein zugänglich oder öffentlich bekannt oder**

(e) **die Daten werden im Zusammenhang mit der beruflichen oder wirtschaftlichen Betätigung des Betroffenen verarbeitet.**“

Darüberhinaus lässt der Artikel eine Menge Einzelheiten vermissen. Es ist nicht klar, wie häufig eine Auskunft vom Betroffenen verlangt werden kann – jährlich oder monatlich?

Sollten nunmehr alle in Artikel 14 geforderten Informationen sogar schon in das erste Anschreiben aufgenommen werden, würden zum einen die Schuldner von einer **Informationsflut** betroffen. Zum anderen würden die Informations- und Auskunftsansprüche zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand bei den Unternehmen führen. Dieser Mehraufwand muss zumindest durch ein **berechtigtes Interesse** des Betroffenen gerechtfertigt sein.

Auf Anfrage erteilen die Unternehmen den Betroffenen schon jetzt selbstverständlich weitergehende Informationen. Sollte der Betroffene darüber hinaus weitere Informationen wünschen, steht ihm das weitergehende **Auskunftsrecht in Artikel 15** zu.

Ein abgestuftes System von Auskunft und Benachrichtigung, wie es im BDSG geregelt ist, würde das individuelle Informationsbedürfnis des Betroffenen und die Begrenzung unnötigen Aufwandes für die verantwortliche Stelle interessengerecht in Einklang miteinander bringen. Im Falle der Mahnschreiben von Inkassounternehmen würden die Empfänger zudem nicht bereits im ersten Anschreiben mit einer Fülle weitergehender Informationen überfrachtet.

3.10. Durchsetzung bestehender Forderungen in Art. 17 a

Aus Artikel 17 (1) (a) lässt sich unter Umständen mit der Begründung, die Daten würden für denjenigen Zweck, für den sie beim Gläubiger bzw. Auftraggeber des Inkassounternehmens erhoben wurden, nicht mehr benötigt, ein Löschanspruch gegenüber Inkassounternehmen herleiten.

Abhängig davon, wann vom Vorliegen einer Zweckänderung ausgegangen werden müsste, könnte sogar die Durchsetzung berechtigter vertraglicher Ansprüche generell torpediert werden.

Der Forderungseinzug oder auch die Erwirkung eines Mahnbescheides könnte nämlich einen anderen Zweck darstellen als derjenige, der ursprünglich zwischen Gläubiger und Schuldner bestand (wie zum Beispiel eine Warenlieferung). 8

Es ist zu befürchten, dass hierdurch eine Vielzahl nicht gerechtfertigter Löschansprüche auf die Inkassounternehmen zukommt, obwohl der Gläubiger einen durchsetzbaren, womöglich sogar bereits titulierten Anspruch hat.

Von daher schlagen wir vor, Artikel 17 (1) (a) wie folgt zu ergänzen:

1. a) Die Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig, **es sei denn, die Daten werden für die Durchsetzung bestehender rechtlicher Forderungen benötigt.**

3.11. Auskunftserteilung in Art. 19 I und Art. 17 c

Es ist nachvollziehbar, dass Betroffene von Zeit zu Zeit die **Korrektur oder Löschung von Kreditinformationen** verlangen, insbesondere dann, wenn sie nicht so positiv sind, wie es die Betroffenen sich wünschen. Die Finanzbranche kann ihre **Aufgabe gegenüber den Händlern nicht erfüllen**, wenn sie verpflichtet ist, richtige und bonitätsrelevante Informationen zu löschen. Es darf nicht sein, dass ein Betroffener die Speicherung und Verarbeitung in rechtmäßiger Weise erhobener Daten durch seinen bloßen Widerspruch verhindern kann.

Artikel 19 gibt dem Betroffenen ein Widerspruchsrecht, das gemäß Artikel 17 zur Löschung führt. Das macht Sinn im Bereich Direktwerbung oder bei der Datenverarbeitung durch soziale Netzwerke wie Facebook u.a. oder im Bereich der Datenverarbeitung durch große Internetplattformen. Es kann aber nicht richtig sein, dass ein Betroffener durch die Einlegung seines Widerspruchs, der keinerlei Begründung bedarf, die weitere Auskunftserteilung über ihn durch Kredit- und Handelsauskunfteien vollständig verhindern könnte. Folge wäre, dass sich die Händler nicht mehr über die **Kreditwürdigkeit ihrer Vertrags-/Geschäftspartner** informieren können und die Unternehmen nicht mehr vor der Warenlieferung an zahlungsunfähige Personen gewarnt werden können. **Ausfallschäden der Wirtschaft** in erheblichem Umfang würden allein dadurch entstehen, dass Personen mit Negativmerkmalen das neue Instrument des Widerspruchs nutzen würden, um die Auskunftserteilung zu unterbinden.

Für die BGA-Mitglieder ist es deshalb nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund der Verordnungsentwurf von dem generellen Konzept der gesetzlichen Rechtfertigung im Falle des Widerspruchs abweicht. Wenn der Betroffene mit **nachvollziehbaren Gründen**, die die berechtigten Interessen der Datenempfänger überwiegen, Widerspruch einlegt, dann müssen solche Daten gelöscht werden. Die individuelle Interessenlage des Betroffenen kann bei der vorzunehmenden Interessenabwägung aber gar nicht berücksichtigt werden, wenn der Betroffene seine Position nicht begründen muss. Es muss daher verlangt werden, dass der Betroffene die Gründe, die aus seiner Sicht für eine Datenlöschung sprechen, nachvollziehbar darlegen muss.

Es handelt sich hier um einen ganz besonders wichtigen Punkt für die gesamte kreditgebende Wirtschaft. Würden die Verbraucher zukünftig das Recht haben, ihre Kreditdaten beliebig auf Verlangen löschen zu lassen, hätte dies weitgehende Auswirkungen auf ihre Möglichkeit, sich Kredite zu beschaffen, und würde viele Verbraucher der Gefahr aussetzen, **Kredite zu erhalten, die sie letztlich nicht zurückzahlen können**. Insbesondere historische Zah-

lungserfahrungsdaten sind wichtig, um die zukünftige finanzielle Leistungsfähigkeit eines Betroffenen bewerten zu können, und damit auch von besonderer Bedeutung im Zusammenhang mit einer verantwortungsvollen Kreditvergabe.

Bei der Beantragung eines neuen Kredites wie auch bei der Bestellung von Waren prüfen die Kreditgeber bzw. die liefernden Großhändler regelmäßig, wie der Betroffene in der Vergangenheit erhaltene Kredite bzw. Waren bezahlt hat. Sie beschaffen sich Informationen über die Zahlungsausfallwahrscheinlichkeit. Wenn der potentielle Kunde aber diese historischen Zahlungsinformationen löschen lassen könnte, dann hätte der Händler keinerlei Basis mehr für eine Bonitätsprüfung und er könnte keine vernünftige Entscheidung treffen. Würde also der Betroffene das Recht „vergessen zu werden“ dazu nutzen, um richtige und bonitätsrelevante Daten zu löschen, dann könnte das dazu führen, dass er entweder weitere benötigte Ware gar nicht erst erhält oder aber umgekehrt Verbindlichkeiten eingeht, die er am Ende nicht erfüllen kann. Es liegt daher im **Interesse der Betroffenen** selbst, dass für die Bonitätsprüfung relevante Zahlungserfahrungsinformationen nicht aufgrund der Artikel 17 und 19 gelöscht werden müssen.

Darüber hinaus besteht ein **direkter Konflikt mit anderen Gesetzesbestimmungen**:

- EU-Verbraucherkreditrichtlinie
- Gesetz über das Kreditwesen (KWG)
- Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)
- Geldwäschegesetz (GwG)

Wird die Verarbeitung von Bonitätsdaten beschränkt, widerspricht dies den Anforderungen, die insbesondere Finanzdienstleistungsunternehmen im Hinblick auf eine verantwortungsvolle Kreditvergabe zu berücksichtigen haben, nämlich den Vorgaben der EU-Verbraucherkreditrichtlinie. Beschränkungen in diesem Bereich würden alle Nutzer von Kreditwürdigkeitsdaten daran hindern, ihre Compliance-Anforderungen bei der Kreditvergabe vor dem Hintergrund von Basel III oder ihre Betrugsfrüherkennungsverpflichtungen zu erfüllen.

Diese aufsichtsrechtlichen Vorgaben beruhen indes auf internationalen Vereinbarungen wie Basel III sowie europäischen Rechtsakten wie dem CRD-Paket oder der EU-Geldwäscherichtlinie. Letztere wird derzeit gerade überarbeitet und auch auf mehr systemimmanente Konsistenz, insbesondere im Hinblick auf Datenschutz, überprüft. Derartige Erwägungen sollten auch bei der EU-Datenschutzgrundverordnung beachtet werden, um eine „Compliance-Zwickmühle“ für Unternehmen zu vermeiden.

Die Händler wären als Kreditgeber, da sie meist Ware in Vorleistung liefern, gezwungen, ihre Entscheidungssysteme neu aufzustellen, wenn diese dringend benötigten Kreditwürdigkeitsdaten nicht mehr flächendeckend vorhanden wären. Dies wäre mit erheblichen Kosten verbunden. Liefer- und Kreditentscheidungen könnten nicht mehr mit der bisher gewohnten Trennschärfe getroffen werden. Das würde zu einem erheblichen Anstieg der Zahlungsausfallquoten führen und damit am Ende die Kosten in die Höhe treiben.

Wir schlagen daher die folgende Änderung in Artikel 19 (1) des Verordnungsentwurfs vor:

“1. die die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person überwiegen. ***Dies gilt nicht für Daten, die für Zwecke der Auskunftserteilung verarbeitet werden.***“

3.12. Auskunftfeien in Art. 20

Die neue Vorschrift des Artikels 20 stellt Regelungen für das sogenannte Profiling auf. Ziel ist es offensichtlich auch hier, die Datenverarbeitung durch soziale Netzwerke und große Internetportale zu regeln. Die Vorschrift berücksichtigt aber nicht die legitime Tätigkeit von Auskunftfeien im Bereich der Kreditprüfung und die Bedeutung dieser Informationen für den Großhandel und Außenhandel.

In diesem Bereich ist es üblich und unverzichtbar, die Bonitätsbewertung einer Person oder eines Unternehmens z. B. in einem Zahlenwert zusammengefasst darzustellen, um dem Auskunftsempfänger einen ersten und schnell zu erfassenden Überblick über die Bonitätseinstufung zu geben. Um diese Verfahrensweise weiterhin zu ermöglichen, ist aber die Zulassungsregelung in Artikel 20 Ziff. 2 a), bei der **nur auf den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrages** abgestellt wird, **zu eng** gefasst. Es wird insoweit außer Acht gelassen, dass die Auskunftfeien, Bonitätsprüfungen auch außerhalb bestehender oder anzubahnender Vertragsbeziehungen durchführen. Diese Vorschrift muss daher **weiter formuliert** werden, so dass die Arbeitsweise der Auskunftfeien wie im bisherigen Umfang möglich bleibt.

An dieser Stelle zeigt sich ebenfalls nochmals deutlich, dass nicht nur die Tätigkeit der Auskunftfeien sondern auch die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge bei der Abfassung der Verordnung nicht berücksichtigt wurden.

3.13. Beschwerderecht in Art. 73

Problematisch ist auch, dass Verbraucherschutzverbände EU-weit Beschwerden zu Datenschutzverstößen einreichen können (Art. 73 Ziff. 2 und 3 EU-DSGV).

Das wird für eine Flut von Beschwerden sorgen, die unabhängig von ihrer Begründetheit und ihren Erfolgsaussichten, erst mal geprüft werden müssen und sich schon ab dem Zeitpunkt der Einreichung imageschädigend auswirken.

Das Beschwerderecht müsste deshalb weniger einseitig gestaltet werden und auch die Interessen der beschwerten Partei schützen.

3.14. Klagerechte in Art. 74, 75

Eine ähnliche Problematik findet sich bei den Klagerechten gemäß Art. 74 und 75 EU-DSGV.

Dort sind fast nur solche gegen die Datenverarbeiter und damit gegen die Unternehmen berücksichtigt. Es gibt nur einen Satz zu den Rechten, die ein Datenverarbeiter – also Unternehmen - hat, der von einer rechtswidrigen Maßnahme der Behörde betroffen ist.

Auch das muss **ausgewogener gestaltet** werden, indem den Unternehmen als Datenverarbeiter genau so viele und genau so gute Rechtsschutzmöglichkeiten zu Verfügung gestellt werden wie gegen sie bestehen.

3.15. Bußgelder in Art. 79

Hierzu passt es auch, dass die Verordnung weit höhere Bußgelder als das BDSG vorsieht (Art. 79 Ziff. 6 EU-DSGV). Ein Bußgeldrahmen von bis zu 2% des jährlichen Weltumsatzes des Unternehmens ist viel zu hoch.

3.16. Delegierte Rechtsakte in Art. 86, 87

Abschließend ist es sehr bedenklich, welche Befugnisse die Kommission sich selbst einräumt.

Art. 86 räumt der Kommission bei 26 von 91 Artikeln die Befugnis ein, per delegiertem Rechtsakt datenschutzrechtliche Regelungen zu erlassen. Dazu treten zahlreiche Ermächtigungen zum Erlass von Durchführungsrechtsakten (Art. 87 Ziff. 2 und 3 EU-DSGV).

Diese Eigenermächtigung führt zu nicht absehbaren zukünftigen Rechtsakten, die bei der Regelungstendenz der Europäischen Kommission bestimmt nicht wenige sein werden. Das ist ein kaum kalkulierbares Risiko für die Unternehmen, die sich heute schon ständig auf neue Vorschriften zum Datenschutz einstellen müssen.

Gerade kleinere Unternehmen haben nicht die Kapazitäten, den immer neuen und steigenden Anforderungen zu genügen. Das muss in Zukunft weniger, statt mehr werden.

4. Schlusswort

4.1. Gesprächsbereitschaft

Es ist offensichtlich, dass der Verordnungsentwurf das Ziel hat, natürliche Personen und Verbraucher vor den Gefahren zu schützen, die sich im Bereich des Datenschutzes speziell aus sozialen Netzwerken wie Facebook oder Google ergeben.

Dabei ist aber ganz offenbar der Bedarf der Wirtschaft, bestimmte Daten für ihre geschäftlichen Belange nutzen zu müssen, und die Bedeutung der Auskunftsteilen und des Forderungsmanagements für die gesamte Wirtschaft ganz allgemein völlig außer Acht gelassen worden.

Die Europäische Kommission muss daher unbedingt klarstellen, dass sie nicht beabsichtigt, kleine und mittelständische Unternehmen und Kreditauskunftsteilen dazu zu zwingen, ihre Geschäftstätigkeit gänzlich einzustellen

Der BGA bietet gegenüber dem Gesetzgeber, dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium für Justiz, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und den intern zuständigen Referaten, Ausschüssen und Berichterstattern ausdrücklich seine Unterstützung bei der Lösung der geschilderten Probleme an und ist jederzeit bereit, die Arbeit der beteiligten Personen zu begleiten. Wir würden die Problematik auch sehr gern in einem persönlichen Gespräch erläutern und würden uns freuen, wenn Sie uns die Möglichkeit dazu geben würden.

Für Rückfragen und Anregungen stehen wir Ihnen selbstverständlich jederzeit gern zur Verfügung. Wir freuen uns jederzeit, von Ihnen zu hören.